2015/04 Thema

https://jungle.world/artikel/2015/04/feier-ohne-befreier

Streit um die Gedenkveranstaltungen am 27. Januar

Feier ohne Befreier?

Von **André Anchuelo**

Zum Gedenken an den 70. Jahrestag der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz durch die Rote Armee gibt es Streit – um den Veranstaltungsort wie auch um die Teilnehmer.

Während in Europa die vielleicht schlimmste Welle antisemitischer Ausbrüche seit 1945 grassiert, herrscht in der internationalen Politik nicht einmal Einigkeit, wie das Gedenken an die Verbrechen des historischen Antisemitismus aussehen soll. Am 27. Januar jährt sich zum 70. Mal die Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz. Allein in den Gaskammern von Auschwitz-Birkenau wurden etwa 1,1 Millionen Menschen ermordet, darunter eine Million Jüdinnen und Juden.
Das Lager war das größte der nationalsozialistischen Vernichtungslager und wurde zum Synonym für die Shoah. Am 27. Januar 1945, viereinhalb Monate vor Ende des Krieges in Europa, befreiten Soldaten der 322. Infanteriedivision der 60. Armee der 1. Ukrainischen Front Auschwitz. Viele dieser Rotarmisten waren Juden. Es war Major Anatolij Schapiro, der das Tor von Auschwitz öffnete.
Vor zehn Jahren, anlässlich des 60. Jahrestags der Befreiung, würdigte Russlands Präsident Wladimir Putin bei den offiziellen Gedenkveranstaltungen in Krakau die Rolle der sowjetischen Soldaten bei der Befreiung: »Sie löschten für immer die Verbrennungsöfen von Auschwitz und Birkenau, Majdanek und Treblinka, und sie retteten Krakau vor der Vernichtung. 600 000 Sowjetsoldaten haben ihr Leben gegeben, und das war der Preis, den sie zahlten, um das jüdische Volk und viele andere Völker vor der totalen Vernichtung zu retten.«
Damals hatte die polnische Regierung gemeinsam mit dem Europäischen Jüdischen Kongress (EJC) in Krakau ein internationales Forum unter dem Motto »Let my people live!« veranstaltet. Polens damaliger Präsident Aleksander Kwaśniewski begrüßte seinerzeit mehr als ein Dutzend Staatsoberhäupter, unter ihnen US-Vizepräsident Dick Cheney, Israels Präsident Moshe Katsav, Bundespräsident Horst Köhler und Wladimir Putin. Doch diesmal wird Putin wohl nicht an den Gedenkveranstaltungen in Polen teilnehmen.

Ohnehin ist unklar, wie die Gedenkveranstaltungen aussehen werden. In Polen richtet diesmal nicht die Regierung, sondern das Staatliche Museum Auschwitz-Birkenau eine Feierstunde aus. »Das ist der letzte runde Jahrestag, den wir mit einer größeren Gruppe

von Überlebenden begehen können«, sagte der Museumsdirektor Piotr Cywiński der Veranstaltungswebsite 70.auschwitz.org zufolge. Deshalb werden 250 bis 300 Überlebende des Lagers erwartet. Daneben sind aber auch diverse Staatsoberhäupter und Regierungschefs geladen.

Nur Putin als oberster Repräsentant des (einstigen) Staates der Befreier wurde offenbar nicht eingeladen. Der russische Präsident habe keine Einladung zu der Zeremonie erhalten, sagte Regierungssprecher Dmitri Peskow. Zugleich gab er an, es sei dem Kreml bekannt, dass keine offiziellen Einladungen verschickt worden seien, die polnische Regierung habe lediglich diplomatische Noten verschickt. Aus russischer Sicht sei die Note jedoch zu wenig.

Nicht von ungefähr jedoch dürfte die polnische Regierung sich von vornherein aus den Planungen herausgehalten haben. Nicht nur, dass Putin vergangenen Herbst mit umstrittenen Äußerungen über den Hitler-Stalin-Pakt sich in Polen nur wenig neue Freunde gemacht haben dürfte. Damals sagte der russische Präsident bei einer Historikerkonferenz, der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt von 1939 sei keine schlechte Idee gewesen. Der Vertrag garantierte Deutschland sowjetische Neutralität bei einem Überfall auf Polen. Zudem bildete ein geheimes Zusatzprotokoll zum Pakt die Grundlage für eine Aufteilung Polens zwischen Nazideutschland und der UdSSR.

Weit wichtiger noch dürften allerdings die allgemeinen Spannungen zwischen Russland und den westlichen Staaten aufgrund der Ukraine-Krise und des Krieges im Osten der ehemaligen Sowjetrepublik sein. In Polen habe man vor diesem Hintergrund eine politische Instrumentalisierung der Gedenkfeierlichkeiten durch Putin befürchtet, heißt es. Der inzwischen veröffentlichten Gästeliste zufolge nimmt aus Russland lediglich der Botschafter teil.

Möglicherweise aber ist Putin bei einer anderen Feier zugegen: Der EJC, dessen Präsident der regierungsnahe russische Milliardär Moshe Kantor ist, verständigte sich schon vor Monaten mit dem Europäischen Parlament und der tschechischen Regierung darauf, erneut unter dem Motto »Let my people live!« ein internationales Forum zu veranstalten. Diesmal in Prag, mit abschließendem Gedenken im früheren KZ Theresienstadt, dem tschechischen Terezín. Putin hat dazu vom tschechischen Präsidenten Miloš Zeman eine Einladung bekommen. Ob er daran teilnehmen wird, war bis Redaktionsschluss unklar. Polens Ministerpräsidentin Ewa Kopacz jedenfalls war von vornherein über die Pläne Tschechiens und des EJC verstimmt. US-Präsident Barack Obama kündigte an, nicht teilzunehmen an der tschechischen Veranstaltung. Der israelische Präsident Reuven Rivlin weilt am 27. Januar bei der Uno in New York. Die meisten Länder wollen lediglich Parlamentspräsidenten schicken, so auch die EU, die aber neben Martin Schulz, dem Präsidenten des Europäischen Parlaments, auch EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker entsendet. Deutschland wird wohl in Prag lediglich durch ein paar Bundestagsabgeordnete vertreten sein. Bundestagspräsident Norbert Lammert und Kanzlerin Angela Merkel nehmen am 27. Januar in Berlin an der Gedenkfeier des Bundestages teil, Bundespräsident Gauck ist bei der Veranstaltung in Auschwitz. Pikanterweise hat laut Jerusalem Post der ukrainische Präsident Petro Poroschenko seine Teilnahme an den Feierlichkeiten in Prag bestätigt. Dennoch sind viele Vertreter der tschechischen Öffentlichkeit, darunter die der jüdischen Gemeinschaft, wegen Putins Ukraine-Politik gegen eine Teilnahme des russischen Staatschefs. Der Historiker Dmitrij Belkin hält in einem Kommentar für die Jüdische Allgemeine dagegen: »Ein gemeinsames

Treffen« der beiden Präsidenten »wäre ein erster Schritt« aus der Ukraine-Krise. Das schulde man auch dem Andenken des Auschwitz-Befreiers Anatolij Schapiro, für den »das Jüdische, Ukrainische und Russische nicht voneinander zu trennen« waren.

© Jungle World Verlags GmbH